

Berlin, Donnerstag,

den 22. Oktober 1908.

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis: Vierteljährlich für Berlin 7 M., 50 Pf., ohne Postlohn, für ganz Deutschland 9 M., Österreich 13 Kr., 83 H., Russland 4 Rub., 55 Kop., Holland 7 Fl., 50 Gld.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika usw. Kreuzband-Einband 20 M. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für England in London bei Aug. Siegle 30 Abbe Street E.C. und Comie & Co. 19 Gresham Street E.C.

Telegramm-Adresse: Börsekrone.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen Verdingungs-Anzeiger.

Hotels- und Bäder-Anzeiger.

Vollständige Ziehungslisten der Preussischen Klassen-Lotterie.

Allgemeine Verlosungstabellen mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische Nachrichten.

Inserions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 50 Pf. Restantenteil 1 M.

Pressepreis:

Ant I, Nr. 243.

# Berliner Börsen-Beitung.

## Vom Tage.

Die ungarische Delegation nahm gestern das Marinebudget unverändert an.

Das französische Marineministerium wird voraussichtlich der ehemalige Direktor der Weltausstellung 1900 Picard übernehmen. Damit ist die partielle Kabinettkrisis beendet.

Die serbische Einkaufsstina bewilligte gestern in zweiter Lesung einstimmig den außerordentlichen Meereskredit von 16 Millionen.

Gestern wurden die Verstaatlichungsverträge mit der Österreichischen Staatsbahn, der Nordwestbahn und der Süd-Norddeutschen Verbindungsbahn unterzeichnet.

## Parlamentarische Lage in Frankreich.

Das französische Parlament ist die erste Herbstsession zusammengetreten und gleich seiner ersten Sitzungen hat zu einer Streitprobe zwischen der Mehrheit und der Opposition über, um es genauer auszubringen, zwischen dem Kabinett Clemenceau und seinen Gegnern geführt, die mit einem vollständigen Sieg des letzteren endete. Es ist dieser Ausgang um so höher anzuschlagen, als sich der Angriff sehr geschickt gegen die schwächste Stelle der Regierung richtete, gegen das Marine-Ministerium, dessen Verwaltung der schärfste Tadel herausfordern muß. Die Mehrheit hat sich auf dieser Tatsache nicht entscheiden können, hat aber in freier Entscheidung dem dem Angriff die Spitze abgebrochen, indem sie die Sache des Marineministers von der des Kabinetts trennte und Herr Thomson fallen ließ, aber dem Gesamtministerium ihr Vertrauen ausdrückte. Herr Delcassé und seine Freunde haben auf diese Weise das Gegenteil von dem erzielt, was sie beabsichtigt hatten, denn ihre Operationen richteten sich natürlich nicht gegen den ihnen ganz gleichgültigen Thomson, sondern gegen Clemenceau, und gerade dessen Stellung erscheint nach diesem Erfolg gestärkter zu sein, als vorher. Und diese Stärkung wird dem Ministerpräsidenten um so willkommener sein, als die Verhandlungen des Parlaments in den nächsten Monaten auf Schwierigkeiten stoßen werden, deren Bewältigung nur unter Aufbietung aller Kräfte zu ermöglichen sein wird.

Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik drängt zunächst die Balkanfrage ihrer Lösung entgegen, wird aber dem Minister des Meeres, Bichon, nicht allzu viel Kopfschmerzen verursachen. Frankreich spielt hierbei eine ähnliche Rolle wie Deutschland. In Anbetracht seiner geringen politischen Interessen hat es bis jetzt überhaupt nur insoweit Stellung genommen, als dies seine Beziehungen zu England und Rußland erforderlich machen. Es spielt die Rolle des Vermittlers zwischen den stark abweichenden Wünschen der beiden besrenzten Staaten, und zwar, wie es scheint, nicht ohne Erfolg, ohne sich selbst dabei allzu sehr engagieren zu müssen. Wie Deutschland hat es nur das eine Interesse, den Gang der Ereignisse in friedliche Bahnen zu lenken und drohende Konflikte abzufschwächen, wenn nicht ganz zu verhindern.

Dagegen will die Marokko-Frage nicht recht vorwärts kommen. Herr Bichon hat nach der wenig sympathischen Aufnahme, die seine erste Marokko-Note gefunden hat, eingelenkt und nach den bis jetzt vorliegenden Berichten der Note, die abgeänderte neue französisch-spanische Note weniger scharf die französischen Sonderinteressen betonen und sich mehr den Wünschen der Signatarmächte anpassen. Er folgt damit anscheinend dem Stimmungswechsel, der sich in französischen kolonialen Kreisen bemerkbar macht und dahin geht, die Lösung der besten Pakt mit den freundschaftlichen Einvernehmen mit Deutschland zu suchen.

In einer Resolution, die der Anfang Oktober in Paris tagende nordafrikanische Kongreß gefaßt hat, kam dieser Gedanke deutlich zum Ausdruck. Es heißt da u. a.: Da die Algerien-Akte ihre Gültigkeit 1911 verliert, kommt es darauf an, schon jetzt zu prüfen, welcher Art die französische Politik sein muß, wenn die Bestimmungen der Akte hinünftig geworden sind. „Ohne die Bedingungen der allgemeinen Politik Frankreichs aus dem Auge zu verlieren und ohne zu vergessen, daß diese Politik in erster Linie eine europäische ist und daß die koloniale Aktion nur möglich ist, soweit als der Stand unserer Armee, unserer Bündnisse und Freundschaften das europäische Gleichgewicht sichert, hat die Regierung die Bedingungen ins Auge zu fassen, durch die ein Einvernehmen mit der einzigen Marokko-Möglichkeit wäre, die augenblicklich noch unsern marokkanischen Programmen feindlich bleibt. Dies Einvernehmen muß zum Zweck haben, von Deutschland gegen den Austausch wirtschaftlicher Bürgerchaften ohne Begrenzung zeitlicher Dauer eine Zustimmung zu dem französischen Programm zu erhalten, das in ähnlichen Ausdrücken abgefaßt ist, wie diejenigen, welche am 8. April 1904 die Zustimmung Englands gefunden haben.“ Wenn die französische Regierung diesen hier angedeuteten Weg beschreitet, so wüßten wir nicht, welche Hindernisse einem Einvernehmen mit Deutschland entgegenstehen würden, denn dessen Interessen sind tatsächlich rein wirtschaftlicher Natur und würden so lange nicht gefährdet erscheinen, als man in Frankreich etwaige Abmachungen lobend beobachten würde, freilich, ob die französischen Chauvinisten aller Parteien eine solche Abkehr von der bisherigen provokatorischen, deutschfeindlichen Richtung der französischen Politik gut heißen würden, möchten wir fast bezweifeln; wir fürchten, daß Clemenceau und Bichon diesen Heißspornen gegenüber einen schweren Stand haben werden.

Wenn man drohen auf dem Gebiete der äußeren Politik der Regierung kaum erste Konflikte mit der Kammer, um so mehr aber auf dem dem inneren Politik.

Die Steuerreform, die Arbeiterversicherung und die Verstaatlichung der Westbahn sind bei den sich stetig mehr herausbildenden Gegensätzen zwischen dem bürgerlichen und dem sozialistischen Teil der Mehrheit Fragen, deren Tragweite sich noch gar nicht abschätzen läßt. Früher oder später wird es zu einem Zusammenstoß kommen, der zu einer Trennung führen muß. Herr Clemenceau plädiert schon heute in richtiger Erkenntnis der Sachlage für eine reinliche Scheidung und hat in Bar erklärt, die Parole sei heute nicht mehr „Republik oder Reaktion“, sondern „Republik oder Revolution“. Vorläufig hat er mit dieser Mahnung noch wenig Erfolg gehabt. Radikale und Radikal-Sozialisten wollen aus Furcht vor dem Anschluß der Sozialdemokraten an die Konserverpartei von einer Abgabe nichts wissen und haben dem auf einem Kongreß in Dijon unverhohlenen Ausdruck gegeben. Es kommt viel auf die Haltung der Sozialisten selbst an. Deren überwiegende Mehrheit sieht den antimilitaristischen und revolutionären Treibern, wie sie auf dem Kongreß des allgemeinen Arbeitsverbandes in Marseille in schroffster Form ausgeprochen wurden, durchaus ablehnend gegenüber; aber wenn sich die Leidenschaften erheben, übernehmen erhaltungsmäßig nicht die Gemäßigten, sondern die Radikalen die Führung, und dieser Fall kann jeden Augenblick eintreten.

Die Auseinandersetzung mit den Sozialisten wird wahrscheinlich die nächste Session des Parlaments beherrschen und vielleicht das Schicksal des Kabinetts entscheiden. Freilich darf man nicht vergessen, daß Clemenceau nichts weniger als ein Prinzipienreiter ist und, um seine Stellung zu retten, trotz der von ihm ausgegebenen Parole einen neuen Pakt mit den Sozialisten schließen könnte.

## Telegramme.

Budapest, 21. Oktober. (C. T. C.) In der heutigen Sitzung der ungarischen Delegation, in der über das Marinebudget verhandelt wurde, bewaunten Vincovich und Tusko die Zurücklegung des kroatischen Elementes. Szabo sprach der Marineverwaltung volles Vertrauen aus. Dolicanyi drückte sein Bedauern darüber aus, daß die berechtigten Wünsche der ungarischen Nation infolge der politischen Verhältnisse keine Erfüllung fänden, wodurch die notwendige Ausgestaltung der Marine, die mindestens der italienischen ebenbürtig sein sollte, aufgehalten werde. Schiffslieutenant Lucich erklärte im Namen des Marinekommandanten, die Marineleitung sei bestrebt, die Schlagfertigkeit der Marine bei möglicher Sparsamkeit zu erhalten, und teilte mit, daß drei Schlachtschiffe von je 14 500 Tonnen und ein schneller Kreuzer im Bau seien. Zwölf Torpedoboote würden demnächst gebaut. Der Beitritt der ungarischen Industrie an den Schiffsbauten werde die Marineleitung ihre volle Aufmerksamkeit zu. Die Vorwürfe über die Nichtachtung der kroatischen Sprache seien unbegründet. Hierauf wurde das Marinebudget unverändert angenommen.

London, 21. Oktober. (C. T. C.) Unterhaus. Premierminister Asquith führte heute in einer längeren Rede mit Bezug auf das Problem der Arbeitslosigkeit aus, er wolle den legislativen Vorschlägen, welche die Regierung zu Beginn der nächsten Session hinsichtlich der bauernden Ursachen der Arbeitslosigkeit zu machen beabsichtigt, nicht vorgreifen. Augenblicklich habe sie es nur mit denjenigen Notstandsfragen zu tun, die ein sofortiges Einschreiten erforderten. Die Regierung sei nicht geneigt, die Lage weniger ernst darzustellen, als sie in Wirklichkeit sei. Dagegen nur von kurzer Dauer sein, daß die Not nur von diesem Vorhandensein werde, sei es demnach nicht zweifelhaft, daß im Winter zahlreiche Personen beiderlei Geschlechts keine Arbeit erhalten würden. Es sei Pflicht des Parlaments ihnen etwas mehr zuzumuten zu lassen als bloßes Mitleid. Der Premierminister zählte alsdann eine Reihe von Maßnahmen auf, welche Regierung und Ortsbehörden zur Steuerung der Not getroffen hätten, so Bereitstellung größerer Mittel für die notleidenden Bezirke und Beschleunigung der Schiffsbauten.

Fabriz, 21. Oktober. (C. T. C.) [Melbung der Petersburger Telegr.-Agentur.] Hier macht sich einige Verhütung bemerkbar, obgleich die Wafare noch geschlossen sind. Der Orts-Endschuppen begann die Organisation einer Polizeiwache und einer Miliz. Die entstehenden Ausgaben sollen durch Abgaben der Bevölkerung gedeckt werden. (Siehe auch in der II. und III. Beilage.)

## Ämtliche Nachrichten.

Der König hat dem Obersten Fallier, Kommandeur des Feldartillerie-Regiments Nr. 71 Großkomtur, und dem emeritierten Parrer Hermann Nebensburg zu Köln den Roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife,

dem Geheimen Raurat Otto March zu Charlottenburg, dem Oberbürgermeister Willi Cuno zu Hagen i. W., dem Subintendanten und Kreischausinspektor Otto Mertens zu Hohenmölsen im Landkreise Heiligenfeld, dem Gymnasialdirektor Dr. Peter Behrmann, dem Gymnasial-Oberlehrer, Professoren Dr. Hermann Piemer, Theodor Neumann und Dr. Ulrich Weilmann, sämtlich zu Kolberg, dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrat Karl Wendt zu Werden a. d. Ruhr, dem Wasserbauinspektor, Raurat Paul Scholz zu Potsdam, dem Bergwerksdirektor Albert Mann zu Raumburg a. S., dem Hüttendirektor Paul Dreger zu Peine, dem Direktor der städtischen Sophienküche und der Realgymnasialklassen für Mädchen in Hannover Dr. Hermann Schmidt, dem Eisenbahndirektor Heinrich Hennenhofer zu Cronberg im Ober-Taunuskreise, dem Senator und städtischen Branddirektor, Rentier Heinrich Osterhoff zu Harburg, dem Seminaroberlehrer a. D. Paul Dobler zu Wreslau, bisher in Pilschowitz, Kreis Dobril, dem Handelschulinspektor Heinrich Röppelemann zu Gossin und dem Bureaudirektor a. D. Hugo Gollig zu Breslau den Roten Adlerorden vierter Klasse,